

*Wenn also bei uns sich die Gewerkschaften mit der
jeweiligen Regierung kritisch auseinandersetzen,
so ist das ihr allerbestes Recht.*

*Zur Freiheit der Gewerkschaften gehört,
dass sie unbequem sind.*

*Die Gewerkschaften haben schon für die Demokratie gekämpft,
als es noch wie ein Anschlag auf den Staat wirkte,
ein Demokrat zu sein.*

Richard von Weizsäcker

Diesmal gibts...

- **Regionale Bildungsland-
schaft – Chance für die
Region oder Schnellschuss
des Kultusministeriums?**
- **Rückblicke**
- **Aktuelle Bildungspoliti-
sche Herausforderungen:
Jugendarbeitslosigkeit /
Ganztagesschule**
- **Tipps und Hinweise**
- **Termine**

Kreis-GEW auch
im Internet zu erreichen:

www.gew-tettang.de

**Infos und Termine aus den
Ortsverbänden, Fachgrup-
pen, den Seminaren, der PH...**

Regionale Bildungslandschaft – Chance für die Region oder Schnellschuss des Kultusministeriums?

Heftige Debatte um Teilnahme und Zustimmung

Rund 150 Lehrkräfte, viele Rektoren, der örtliche Schulamtsdirektor und einige Schulräte folgten der Einladung der GEW-Region Bodensee-Oberschwaben-Allgäu zu einer Informationsveranstaltung.

Fritz Erb, der örtliche GEW-Vorsitzende, hatte zwei hochkarätige Experten zu der Versammlung eingeladen: Barbara Haas, die im Hauptpersonalrat engagiert die Bedenken gegen diesen »Schnellschuss« der Landesregierung vorgetragen hatte, und der frühere Lehrer und Schulentwickler Rolf Wiedenbauer, der die Leitung des neuen »Bildungsbüros« in Freiburg übernommen hat. Es handelte sich um die am besten besuchte Versammlung der oberschwäbischen GEW seit Jahren!

Mit zusammen rund 2 Millionen Euro lassen die Landesregierung (aus Mitteln der Landesstiftung), die beteiligten Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die Bertelsmann-Stiftung bis Ende 2008 einen »Geldsegen von oben« (Barbara Haas) regnen, um in ausgewählten Regionen eine Alternative zu »EIS«, dem Selbstevaluationsprogramm des früheren LEU in Stuttgart, dem heutigen Institut für Schulentwicklung, zu erproben.

Was ist der Unterschied? Das SEIS-Projekt der Bertelsmann-Stiftung hat zwar bereits einige Jahre internationale Bewährung hinter sich, arbeitet aber genauso mit Fragebogen zur Schulevaluation als Instrument der Feedbackkultur.

»Ein Fragebogen allein garantiert noch keine Qualitätsentwicklung«, wandte Barbara Haas vor der Ravensburger GEW ein. Auch sei das Thema »Umgang mit Belastungen und der Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Lehrer/innen« fast komplett ausgeklammert. Die beteiligten Regionen seien in Zugzwang gesetzt worden, um innerhalb weniger Wochen eine Entscheidung über die Zusammenarbeit mit dem »Bildungsbüro« ohne längere Vorbereitung übers Knie zu brechen. Sie kritisierte zudem die mangelhafte Beteiligung des Hauptpersonalrats und der örtlichen Personalräte in Freiburg und

in Ravensburg während der Informationsphase.

Die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende brachte ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Landesregierung erst die Schulsozialarbeit landesweit zusammenstrich und damit drohte, nach der Landtagswahl erste Lehrerstellen zu streichen. »Jetzt schaufelt man wieder Geldmittel frei, um ein PPP-Projekt zur Schulevaluation zu schultern.« Public Private Partnership heißt das neue Zauberwort, um staatlich-kommunale Aufgaben von Wirtschaftsunternehmen sponsern zu lassen. Nicht wenige Lehrerkollegien stoßen sich zurecht daran, dass ein Medienkonzern in einer verfassungsrechtlichen Grauzone Aufgaben mit übernimmt, für die nach Artikel 6 des Grundgesetzes einzig der Staat zuständig ist. Hinzu kommt, dass Bertelsmann zu den Konzernen gehört, die sich ihrer Steuerpflicht weitgehend entledigt haben. Schließlich hat das Kultusministerium noch eine weitere Stolperfalle für die Zustimmung von Schulen ausgelegt: Während der Hauptpersonalrat für die GHRS- und Förderschulen Entlastungsstunden für die beteiligten Schulen und Lehrkräfte erstreiten konnte, blieb das Kultusministerium bei den Gymnasien und Beruflichen Schulen hart, um die umstrittene Arbeitszeiterhöhung in der Sekundarstufe nicht auf diesem Umweg wieder zurückzunehmen.

Genügend Einwände und Bedenken, um von Seiten der GEW jegliche Mitarbeit an diesem SEIS-Programm abzulehnen und den Schulen zu raten, ebenso zu verfahren? In der Tat, die GEW-Gremien und ihre Personalvertreter in Südbaden und in Oberschwaben haben sich nicht leicht getan mit einer Entscheidung.

Rolf Wiedenbauer, der Leiter des Freiburger Bildungsbüros, gab zu bedenken, das Regionale Bildungsbüro biete mit den beteiligten Steuerungsgremien der Kommunalpolitik sowie der regionalen Hochschulen, Wirtschaftskammern, Gewerkschaften und Personalvertretungen einen **erfolgsversprechenden »Unterstützungsrahmen«**. Er hoffe, dass den Schülern künftig Brüche und Sackgassen in ihrer Schullaufbahn und beim Übergang in die Sekundarstufe II

oder in die Duale Berufsausbildung weitgehend erspart würden. Die beteiligten Städte, Gemeinden und Landkreise müssten jetzt ihre Anstrengungen in der Bildungsregion verdichten, um zu verhindern, dass Schüler/innen in ihrem Leistungsvermögen abhängen oder ohne Schulabschluss bleiben. Das gelingt z. B. in Finnland vorbildlich. Bei uns sind landesweit immerhin über 8.000 Schüler/innen jedes Jahr! Haben sich die kommunalpolitisch Verantwortlichen – bei allen Anstrengungen für eine bessere Schulbau-Förderung, Schulausstattung, Stellen für Schulsozialarbeit, Ganztageschulen und dergleichen – bisher wirklich genügend darum gekümmert? Wiedenbauer und Barbara Haas versprechen sich mit dem Konzept auch eine gute Basis für einen verstärkten Austausch zwischen den Schulen, den Schularten und den staatlichen wie den privaten Schulen in der Region. »Dies stellt die gemeinsame Verantwortung für die Kinder auch aus einkommensschwächeren Familien auf eine neue Grundlage und verlangt nach neuen Anstrengungen für die Bildungschancen in der Region«, ist Barbara Haas überzeugt.

Die Städte und Gemeinden müssten dafür sorgen, dass auch bei der **Elementarbildung in den Kindertagesstätten ein größeres Augenmerk und mehr Personal- und Sachmittel für eine wirksamere Sprachförderung**, für mehr Bildung und Erziehung im Vorschulalter bis hin zur Familienhilfe und zu Maßnahmen in der Integration von Familien mit Migrationshintergrund gewährleistet werden. In Ravensburg kann sich die GEW auf ein Papier berufen, das schon im Jahr 1989 vom zuständigen Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und der Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum verabschiedet worden war. Viele der Visionen zur Weiterentwicklung des Bildungswesens in der Region, die jetzt angegangen werden sollen, »sind seitdem folgenlos im Aktenschrank verstaubt«, kritisierte Fritz Erb. Die Konzepte z. B. zur Rettung von existenzbedrohten Schulstandorten in den Gutachten zur Schulentwicklung von Krämer-Mandau und Bargel müssten endlich umgesetzt werden, forderte Erb bei der GEW-Veranstaltung in Ravensburg. wb

Regionales Bildungsbüro in Ravensburg eröffnet · Erste Bewertung und Fragen

Dr. Bettina Müller hat inzwischen Ihre Arbeit als Leiterin des RBb beim Landkreis RV aufgenommen.
Ziel dieses Projektes ist es:

1. »für alle Kinder und Jugendliche optimale Lern- und Lebenschancen zu schaffen.«
2. »Einen Beitrag zu mehr Lebensqualität und zur Standortsicherung in der Region zu leisten«

Alle Kollegien im Landkreis Ravensburg haben sich seit Dezember '05 mit dem Thema Regionale Bildungslandschaft bzw. dem Bertelsmann Evaluationsinstrumentarium SEIS auseinandergesetzt (vgl. auch voriger Artikel). Über 60% unserer Schulen (im 2. Pilotkreis FR sind es 90%) stiegen nun im Zusammenhang mit diesem zunächst auf 3 Jahre angelegten Projekt ein Jahr früher als vom Kultusministerium für Baden-Württemberg flächendeckend und verpflichtend geplant, in das Thema Evaluation bzw. Schulentwicklung ein!

Auch alle zuständigen Personalvertretungsebenen sowie die Landes-GEW haben sich im Rahmen der Mitbestimmung und bei Anhörungen damit beschäftigt.

Zum einen hatte das Vorgehen des Kultusministeriums und der beiden Pilotlandratsämter einen gewissen Reiz: Ehrlich, wann durften wir schon mal in GLK's und Schulkonferenzen über die Teilnahme an einer – wie es so schön heißt »neu vom KM durch unsere regionale Bildungslandschaft gejagten Sau« – demokratisch abstimmen? Andererseits haben wir uns maßlos geärgert, unter welchem großem Zeitdruck besonders die Personalräte und unsere Kollegien mit nur häppchenweise erhaltenen Informationen einbezogen wurden!

Tatsache ist, so Staatssekretär Köberle bei der Auftaktveranstaltung im Ravensburger Schwörssaal, dass er noch zu seiner Berliner Zeit bereits eingebunden war und dass mit Zustimmung unserer ehemaligen Ministerin die politischen und obersten Verwaltungsentscheidungssträger bereits im Jahr 2004 erste Verhandlungen geführt haben. Ein kleiner Zirkel war dann auch unter Einbeziehung einiger lokaler geschäftsführender Schulleiter

monatelang am Planen – unsere Hauptpersonalräte wurden aber erst im September 2005 erstmals durch Dr. Klein vom KM informiert!

Kritische Begleitung

Heute, nach der Ausgabe der Rohberichte der 1. Evaluationsumfrage SEIS, rufen wir die beteiligten Schulen zur kritischer Begleitung des Projektes auf und weisen noch auf ein paar Fragen und Knackpunkte hin:

1. Wer übernimmt in den nächsten Wochen die kompetente Kommentierung und Analyse der Erhebung und der Bildungsberichte besonders auch der evtl. auftretenden Diskrepanzen der Einschätzungen von Eltern/Schülern/LehrerInnen und Schulleitungen?
2. Wie werden die schulischen Steuergruppen für ihre zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzende Mehrarbeit entlastet? In einem Brief des Kultusministeriums an das Schulamt Ravensburg heißt es: »...zur Unterstützung insbesondere von kleineren Schulen, welche am Regionenprojekt teilnehmen, sollen bei Bedarf Stunden aus dem Stundenpool der Unteren Schulaufsichtsbehörden in angemessenem Umfang und im Rahmen vorhandener Möglichkeiten zur Entwicklung dieses Schulprofils zugewiesen werden...«
3. Datenschutzfragen, die Aussagekraft für kleine Schulen und die Möglichkeit für Zusatzfragen zum Profil der Einzelschulen müssen unbedingt vor der 2. Runde geklärt werden.
4. Das Ravensburger Büro muss ähnlich gut wie in Freiburg, wo sich vier Personen fast drei Stellen teilen, besetzt werden, zumal bei uns fast 20 Schulen mehr betreut werden müssen. Sonst sehen wir die Gefahr, dass zu Lasten der nicht teilnehmenden Schulen Beratungs- und Fortbildungskompetenzen am Schulamt bzw. im RP Tübingen abgeschöpft werden!
5. Achtung: Seiteneinstieg im 2. Jahr, aber auch Ausstieg nach enttäuschendem Ablauf des 1. Jahres ist für jede Schule jederzeit möglich.
6. Leider ist im Gegensatz zu Freiburg der Anteil besonders der kirchlichen Privatschulen bei uns sehr gering...!
7. Wichtig ist für uns, dass die Forderung der Personalvertretungen nach unabhängiger wissenschaftlicher Begleitung umgesetzt wird!

8. Als letzter Punkt muss außerdem garantiert werden, dass **Schulen, die nicht am Projekt beteiligt sind**, von der Schulverwaltung weiterhin in gleicher Weise in ihren individuellen Fortbildungs- und Schulentwicklungsprojekten unterstützt und gefördert werden.

Nachdem die Einstiegsphase in dieses neue, durchaus spannende Projekt nicht gerade dynamisch und prozessorientiert verlief, sehen wir uns als GEW zusammen mit unseren PersonalrätInnen verpflichtet, ab Herbst die Planung und besonders die Umsetzung der Maßnahmen zu begleiten und »kontinuierlich« einzufordern. Gleichzeitig verlangen wir – durchaus auch externe – **Prozessbegleiter und Fortbildner in genügender Zahl und Qualität**, um die aus dem Evaluationsbericht abgeleiteten Handlungsschritte zu begleiten. Nicht dass die Schulen mal wieder sich zuerst nur in allen Bereichen, die sie »kostenneutral« verbessern können, auf den Weg machen müssen. Das heißt, dass sie sich alles selber aus den Rippen schwitzen sollen und es bei Nichtgelingen dann wieder an den unwilligen Kollegien liegt!! Dies gilt übrigens in gleicher Weise für die Begleitung der ab 2007 verpflichtenden Selbstevaluation »EIS« durch das Landesinstitut an allen Schulen. Außerdem brauchen wir nach dem festgelegten Ausstieg der Bertelsmann Stiftung mit seiner privaten Anschubfinanzierung, ab 2009 sowohl im KM – nach dem Weggang des Federführers Dr. Klein – als auch im Kreistag einen kräftigen Lobby-Rückhalt. Nur so ist die nötige Weiterfinanzierung sicherzustellen, nicht dass die Fortführung des Projektes wieder nur durch Privatfinanzierung – vielleicht dann durch Lidl oder Bosch – möglich wird!

fe

**Einstellung –
Beratung und Information:**

GEW-Hotline

siehe www.gew-bw.de

Personalratswahlen

Der Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft freut sich über das hervorragende Ergebnis der GEW-Listen bei den letzten Personalratswahlen der Lehrerinnen und Lehrer an den öffentlichen Schulen.

Der Ravensburger Neuwiesenlehrer Fritz Erb und Helmut Schönleber von der Grund- und Hauptschule Friedrichshafen-Ailingen wurden als Mitglied und Vorsitzende der Örtlichen Personalräte (ÖPR) am Schulamt Ravensburg bzw. beim Schulamt Bodenseekreis mit großem Stimmenzuwachs wiedergewählt. Erb wird auch als gewähltes Mitglied des Bezirkspersonalrates für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen (GHRS) beim Regierungspräsidium (RP) die Interessen der über 12 000 GHRS-Lehrerinnen und Lehrer im Bereich des RP Tübingen vertreten.

Auf Grund der Mithilfe zahlreicher Wahlkandidaten und dem Zuspruch der Wähler ist Oberstudienrat Jürgen Schaal vom Welfen-Gymnasium Ravensburg in den Bezirkspersonalrat (BPR) der Lehrkräfte an Gymnasien beim RP Tübingen gewählt worden. In diesem Gremium wurde er einstimmig zum Vorsitzenden bestimmt.

Als Vorsitzender des BPR vertritt er die Interessen von fast 4.000 Gymnasiallehrerinnen und Lehrern gegenüber dem Regierungspräsidium.

Margit Stolz-Vahle, Fachoberlehrerin aus Sipplingen, erzielte auf Landesebene ein herausragendes Ergebnis bei der Wahl zum Hauptpersonalrat beim Kultusministerium (KM) und ebenso im Bereich des RP Tübingen für den Bezirkspersonalrat GHRS.

Sie steht für die Belange der angestellten Lehrkräfte des GHRS-Bereiches als stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrates beim KM und im Bezirkspersonalrat GHRS Tübingen. Der Hauptpersonalrat GHRS ist die landesweite Vertretung der ca. 68.000 Lehrerinnen und Lehrer dieses Bereiches.

Die Bildungsgewerkschaft GEW vertritt als einzige Organisation Lehrkräfte aller Schularten und hat im Bodenseekreis und im Kreis Ravensburg auch bei den Berufsschulen einen Stimmenzuwachs von über 10% erreicht.



GEW-Fraktion Bezirkspersonalrat GHRS beim RP Tübingen

v.l.n.r.: Edmund Schnaitter, Fritz Erb, Walter Renz (Vertrauensperson der Schwerbehinderten), Margit Stolz-Vahle, Anton Eiberle, Erika Francke, Wolfgang Kargl, Paula Rapp, Arthur Vosseler (Vorsitzender), Eugen Wenig, Karl-Heinz Schoch



Wir sind die gymnasialen Bezirkspersonalratsmitglieder der GEW-Liste, denen Sie Ihre Stimmen gegeben haben. Danke für Ihr Vertrauen. Bei Problemen, Fragen, Beratungsbedarf in schulischen Dingen – wir sind für Sie da (v. l. n. r.):

Brigitte Schmid

T: 07393/23 16 · F: 07393/ 95 26 68
Email: brigitte.schmid@t-online.de

Angelika Lanninger

Angestelltenvertreterin im BPR
T: 07393/23 16 · F: 07393/ 95 26 68
Email: angelikalanni@compuserve.de

Jürgen Schaal

Vorsitzender des BPR
T: 07502/91 13 48 · F: 07502/91 13 49
Email: J.Schaal@t-online.de

Renate Altaner

T: 0731/5 76 12 · F: 0731/9 50 33 54
Email: renate.altaner@gmx.net

Günther Stoiber

BPR – Protokoll
T: 07471/1 51 93
Email: gstoiber@web.de



GEW-Fraktion ÖPR GHRS Schulamt Ravensburg

v.l.n.r. vordere Reihe: Sepp Hodrius, Bernd Dieng, Gabriele Graf, Helmut Stelzer
mittlere Reihe: Werner Geiss, Fritz Erb, Maria Schmid, Inge Blust, Hans Hellmann
hintere Reihe: Marianne Jocham, Karsten Pechan, Reinhard Hogg, Brigitte Schiller, Martin Stahl.

Nicht auf dem Bild: Maria Daiber

Protestaktion an der PH Weingarten

Studierende wie Dozenten an der PH Weingarten haben in diesen Wochen mit Protestaktionen begonnen. Nicht gegen die Einführung von Semestergebühren (1.000 EURO im Jahr), sondern gegen die angekündigte Streichung der Fakultät Französisch im Rahmen des PH-Programms. Das Wissenschaftsministerium in Stuttgart sieht in der geringen Zahl von Studierenden ein unververtretbar günstiges Verhältnis Dozenten/Studenten im Vergleich mit anderen überbelegten Studienfächern wie Deutsch und Mathematik. Französisch kann ab dem Sommersemester 2007 nur noch an den Pädagogischen Hochschulen in Karlsruhe, Ludwigsburg und Heidelberg studiert werden. Die GEW protestiert energisch gegen diesen Anfang einer schleichenden Reduzierung des Studienangebotes an der PH. Auch die Kinder und Enkel in den kommenden Jahrzehnten brauchen noch Lehrer, ausreichend viele angesichts der Pensionierungswelle in den nächsten Jahren, und qualifiziert ausgebildete Lehrer/innen, nicht zuletzt in den Fremdsprachen!

Personalversammlungen GHRS 2006

Drei Personalversammlungen für die über 3.000 GHRS LehrerInnen haben im Frühjahr erstmals in den nach der Verwaltungsreform neu gebildeten Schulbezirken Bodenseekreis und Ravensburg stattgefunden. Die Vorsitzenden Helmut Schönleber (BSK) und Fritz Erb (RV) konnten in Immenstaad, Baidt und Gebrazhofen im Namen der Lehrer-Personalvertretungen an den Landratsämtern fast die Hälfte der Beschäftigten begrüßen. Gute Schule kann nur mit gut und umfassend informierten Kollegien gelingen! Mit Referaten u.a. zum Arbeitsschutz, zum Thema Ganztagesesschule und zur Einführung der neuen Bildungspläne haben auch diese Personalversammlungen dazu ihren Teil beigesteuert.

Schulartsspezifische Themenabende

Die GEW-Kreisfachgruppen Sonderschule und Berufliche Schulen informierten und diskutierten im Laufe der letzten Monate bei zwei Themenabenden mit erfreulich vielen KollegInnen folgende aktuelle Entwicklungen:

Themenabend SoS in Tettngang

Der neue Organisationserlass – Probleme und Chancen

Annette Grüner, SL Förderschule St. Christina Ravensburg

Berufliche Möglichkeiten nach der Förderschule

Reinhard Hogg, Förderschule Weingarten

Förderschulen als Ganztagesesschulen?

Annette Grüner

Diagnose- und Förderklassen

Barbara Wallinger, Förderschule Tettngang

Außenklassen und ISEPe in der Region

Mechthild Schober, Martinusschule Ravensburg

Themenabend BS in Obereschach

Neu: Flexibilisierung des Freistellungsjahres

Hans Gampe, Mitglied im HPR BS beim KM

Möglichkeiten und Bedingungen von Beförderungen

Ingrid Letzgus-Zug, Erika Letsch, Mitglieder des BPRs Berufliche Schulen beim RP Tübingen

Beurteilung der Projektkompetenz im Lernfeldunterricht

Reinhold Schröder, Mitglied des BPRs Berufliche Schulen beim RP Tübingen

Wesentliche Neuerungen des Chancengleichheitsgesetzes

Ingrid Letzgus-Zug

Haben Sie Nachfragen und Anregungen für weitere Themenabende?

Kontakt: vgl. www.gew-tettngang.de

>>>Kreisfachgruppen



Klausurtagung 2006

Mit der 2. Phase der Lehrerausbildung, in den Seminaren GHS, Sonderschulen, Gymnasien und Berufliche Schulen unserer Region, befasste sich der GEW-Kreisvorstand auf seiner Klausurtagung in der Schwäbischen Bauernschule in Bad Waldsee.

Einhelliges Fazit: Die Seminare bzw. die Schulräte und Lehrbeauftragten würden liebend gerne die neuen ReferendarInnen viel praxisnäher und nachhaltiger auf die künftigen Erfordernisse im Schulalltag vorbereiten. Die neuen Prüfungsordnungen und das enge Zeitkorsett für Hospitationen, Lehrproben und der hohe Aufwand für die Prüfungstage im immer größer werdenden Einzugsbereich der Seminare (Sparmaßnahmen) lassen eine sorgfältige Ausbildungsphase nur in eingeschränktem Maße zu.

Im Bild: GEW-Kreisvorsitzender Fritz Erb mit Dir. Prof. Dr. Harald Görlich und stellv. Dir. Prof. Franz Bek (Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerfortbildung Weingarten)



Personal- und Betriebsräteempfang 2006 der Stadt Ravensburg Rege Diskussionen über die Zukunft der Unternehmen und des Bildungswesens in unserer Region

v.l.n.r.: Werner Langenbacher (Betriebsseelsorger), Dorothea Ertl (Betriebsrätin IG Metall, Fa. Voith Paper), OB Hermann Vogler, Gottfried Christmann (DGB), Brigitte Schiller, Marianne Jocham (GEW-Personalrätinnen Schulamt Ravensburg)

GEW-Podien zur Landtagswahl

Auch die GEW hat sich im letzten Landtagswahlkampf am nicht immer sehr spannenden Reigen der Veranstaltungen beteiligt.

Zu den Podiumsdiskussionen kamen die Kandidaten der Parteien, und sie haben auch gut zugehört. Bis auf einen. Am Bodensee lehnte die CDU ihre Teilnahme an diesem verbalen Kräfte-messen vor der Landtagswahl ab. Bei der GEW-Diskussionsrunde in Kißlegg im Allgäu waren dagegen alle Parteien vertreten, und diese Veranstaltung zur Bildungspolitik lockte auch die meisten Zuhörer: fast 100.

In Friedrichshafen fanden zwei Podiumsdiskussionen statt. Wichtigstes Thema war der Ausbau der Ganztages-schulen. Die CDU/FDP-Landesregie-rung wollen ja nur ehrenamtliche Leu-te, Jugendbegleiter aus Vereinen und Verbänden, in der außerunterrichtli-chen Ganztagesbetreuung einsetzen. Alle Experten sind sich sonst einig in der Auffassung, dass Ganztages-schulen nur gut arbeiten können, wenn die Betreuung von mehr pädagogischen Fachpersonal organisiert wird.

Dies hat auch ein sehr gut besuchtes Forum des Kreisjugendring Ravens-burg am 8. April in der Kuppelnau-Schule ergeben. »Schule und Jugendar-beit als Bildungspartner?« hieß das Thema der Tagung. Roland Titel, neuer Rektor des Ländlichen Schulzentrums in Amtzell, berichtete von seinen gu-ten Erfahrungen in der Beteiligung ehrenamtlicher Fachleute aus den Sport-und Musikvereinen beim Frei-zeitprogramm der Amtzeller Modell-schule. Dennoch stimmte er dem 10-Punkte-Programm der Stadt Ravens-burg, von Karl-Heinz Beck vorgetra-gen, vorbehaltlos zu. Darin wird nach-drücklich an die Landespolitik appeli-ert, mehr Lehrerdeputate für die außerunterrichtliche Ganztagesbe-treuung einzusetzen.

Solidarnosc-Mitglieder aus Polen zu Besuch bei der Kreis-GEW

Erstmals kam es zu einer freund-schaftlichen Begegnung zwischen der GEW am Bodensee und polnischen Lehrkräften aus den Regionen Gdansk und Lodz.

Eingeladen von den Gewerkschaften in Vorarlberg, kamen sie gerne zu ei-

nem Abstecher in die Zeppelinstadt. Rund 40 Lehrerkolleginnen und -Kollegen waren an den Bodensee gereist, um die Unterrichtsbedingungen und die gewerkschaftliche Arbeit in den Schulen in Vorarlberg, in der Ostschweiz und am württembergischen Seeufer kennen zu lernen. Einige der älteren Pädagogen zählen übrigens zum harten Kern in den Aufbaujahren der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc zu Beginn der 80-er Jahre. Brigitte Schmid, die stellvertretende Vorsitzende der GEW Südwürttemberg, erläuterte sehr detailliert den Aufbau der GEW und die Arbeit der Personlräte für die Lehrerkollegien. In Polen wie in Deutschland kommt es in den nächsten Jahren zu einem starken Generationswandel in den Lehrerzimmern, was den Bedarf an rechtzeitig ausgebildeten Junglehrer/innen nachdrücklich unterstreicht.

Die GEW-Vertreter betonten das große **Interesse an einem weiteren Ausbau des deutsch-polnischen Schüleraustausches**. Das Bildungszentrum Bodnegg, die Realschule und die Musikschule in Tettngang sowie die Häfler Bodenseeschule organisieren schon seit vielen Jahren Begegnungen zwischen polnischen und schwäbischen Schüler/innen. Auf Einladung des Konstanzer GEW-Kreisvorsitzenden Klaus



Die polnischen Gäste im Schulmuseum Friedrichshafen

Mühlherr ist im kommenden Jahr ein weiterer Besuch polnischer Pädagogen, diesmal im Strandhotel Löchnerhaus auf der Insel Reichenau geplant. Bei ihrem Besuch in Friedrichshafen machten die polnischen Gäste zunächst Station im historischen Schulmuseum. Im Seehotel hieß Schulbürgermeister Peter Hauswald die Gäste in der Zeppelinstadt willkommen

und überreichte ihnen ein repräsentatives Geschenk. Geleitet wurde die polnische Delegation von Gabriela Nowacka und von Jerzy Fuchs. Im kommenden Herbst übermitteln beide Wünsche von polnischen Schulen für eine Partnerschaft mit interessierten deutschen Schulen an die hiesige GEW. wb

GEW-Kreisfest 2005

*Begeisterung für das Theaterstück »Das Herz eines Boxers« beim GEW-Kreisfest 2005 im Theater Ravensburg
Ein weiterer Grund zur Freude: Die Begrüßung des 2000. GEW-Mitglieds im Kreis*



Aktuelle Bildungspolitische Herausforderungen: Jugendarbeitslosigkeit / Ganztageschule

Ausgangslage: Zahlen aus dem Nationalen Bildungsbericht

Zahlen sagen machmal mehr als Worte: 22-11-40. In diesen Worten steckt das Elend unseres Bildungswesens. Es sind Zeichen des Scheiterns, es sind die Maße für den Misserfolg unserer dreigliedrigen Schulstruktur und unserer Schulverwaltung. 22 Prozent der 15-Jährigen scheitern an einfachen Leseaufgaben. 11 Prozent der Jungen verlassen die Schule ohne Abschluss. 40 Prozent der Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung beginnen wollen, landen in Warteschleifen mit unsicherer Zukunft. (aus dem Nationalen Bildungsbericht für Deutschland, Mai 2006).

www.bildungsbericht.de

Angespannter Ausbildungsmarkt: GEW mobilisiert gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist angespannt. Auf 100 Schulabsolventen kommen zur Zeit nur 70 Lehrstellen. 40 000 Ausbildungsplätze im Land Baden-Württemberg sucht die Agentur für Arbeit (AfA) noch in diesem Sommer, um alle Bewerbungen der Schulabgänger berücksichtigen zu können. Das geht auch die Bildungsgewerkschaft GEW etwas an. Sie begrüßt es, dass an immer mehr (Haupt-)Schulen intensive Kooperationsmaßnahmen zu der beruflichen Orientierung und Integration der jungen Leute organisiert werden. Nur 12 Prozent der Hauptschüler/innen beginnen nach der 9. Klasse mit der Berufsausbildung. Viele landen in einer schulischen Warteschleife (BVJ, BFS) oder landen später in der Arbeitslosigkeit.

In Ravensburg ist es gelungen, ein Projekt »Ausbildungscoaching« ins Leben zu rufen. Eine Diplompädagogin, Anke Ricklefs, begleitet Hauptschüler der achten und der neunten Klassen auf ihrem Weg in eine betriebliche Lehrstelle und vermittelt ihnen gezielt das Knowhow, das bei der Bewerbung

und später in den ersten Wochen in einer Ausbildungsfirma von großer Bedeutung ist. Sie hält darüber hinaus in schwierigen Fällen engen Kontakt zum Elternhaus und zu den Ausbildungsleitern in den Firmen. Finanziert wird das auf 5 Jahre angelegte Projekt von der Stadt Ravensburg und der Agentur für Arbeit. In der Bildungsregion Bodensee wachsen die Zahlen bei den Arbeitslosen unter 25 Jahren. Für alle in der GEW sollte der 1. Oktober auf jeden Fall ein Anlass sein, sich zu informieren über diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nur mit großen Schwierigkeiten eine berufliche Perspektive aufbauen können. Für den einzelnen Bezirk hält die AfA die aktuellen Zahlen für die nicht in Lehrstellen vermittelten jungen Frauen und Männer bereit. Und die GEW sollte auch vor Ort in die Offensive gehen, wenn es darum geht, das Vorurteil vieler Handwerksmeister zu überwinden, die Bewerber um Lehrstellen seien an den Schulen nicht genügend ausbildungsfähig gemacht worden.

Ein anderer Vorschlag in diesem Zusammenhang ist die Forderung des baden-württembergischen Handwerkstages, des Bundeselternrates, des McKinsey-Institutes und der OECD/PISA-Direktoren, das dreigliedrige Schulwesen zu überwinden. Die GEW tritt auf Bundes- und Landesebene für die Vision der »Schule für alle« nach dem erfolgreichen skandinavischen Vorbild ein. Da ist es in unseren Endmoränen sehr viel ruhiger. Warum eigentlich? Das Ländliche Schulzentrum Amtzell ist ein guter Anfang und zeigt, wie es auch andernorts gehen könnte. Jedes Jahr geht zwischen Aitrach und Sipplingen seit einiger Zeit im Schnitt ein bisheriger Hauptschul-Standort verloren, meist durch eine Zusammenlegung kleiner, einzügiger Schulen. Warum nehmen wir das so kommentarlos hin, jedenfalls in der Öffentlichkeit? Die Zahlen werden in den nächsten Jahren noch mehr Bürgermeister veranlassen, über die weitere Existenz kleiner Schulen nachzudenken. Dann gehen nicht nur Schulen verloren, auch die Arbeitsplätze für Lehrer/innen sind dann gefährdet. Was kümmert's uns? Nach mir die Sintflut!

wb

Woran Schülerinnen und Schüler scheitern: Hürden und Herausforderungen beim Übergang in die Arbeitswelt

Der PH-Professor Martin Weingardt (PH Ludwigsburg) berichtete bei der Delegiertenversammlung der KreisGEW im Schützenhaus Mariatal bei Ravensburg über eine aktuelle Studie, an der mehrere Pädagogischen Hochschulen beteiligt waren.

Allgemeine Erkenntnis: Der Übergang der Schulabsolventen von der Schule in die berufliche Ausbildung ist zunehmend von erheblichen »Brüchen« und Schwierigkeiten belastet. Fast 1/5 bis 1/4 jedes Schülerjahrgangs in Baden-Württemberg sei nur »bedingt ausbildungsfähig«, hat die Studie der PH-Professoren ergeben. »Wir sollten das Scheitern der Schüler verhindern und sie nicht allein lassen«, appellierte Weingardt an die anwesenden Schulmeister von der GEW. Bundesweit schaffen 13 Prozent der Schulabgänger keinen Hauptschulabschluss, in Baden-Württemberg sind es 8 Prozent (etwa 8.200 Schüler nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Stuttgart). Dies ist die erste Hürde beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Die zweite nehmen wiederum ca. 1/4 der Schulabgänger nicht: das Bewerbungs- und Einstellungsverfahren um eine Lehrstelle in Ausbildungsbetrieben, obwohl sie einen Schulabschluss vorweisen können. Die dritte Hürde – die Probezeit während der dreijährigen Lehre – ist für ein weiteres Viertel zu hoch. Die vierte ist die Zwischenprüfung an den Berufsschulen. Die fünfte und vorletzte Hürde ist die Abschlussprüfung / Gesellenprüfung, die 12 Prozent der weiblichen und 16 Prozent der männlichen Prüflinge in Baden-Württemberg nicht schaffen. Die letzte Hürde ist das Bestreben, in einen sicheren Job nach der Ausbildung übernommen zu werden. Fast die Hälfte aller Handwerks- und Industriebetriebe, so Professor Weingardt, 43,5 Prozent, investieren notgedrungen in innerbetriebliche Lern- und Stützkurse. Zu viele der Schulab-

gänger/innen bleiben nach dem BVJ und anderen berufsintegrierenden Maßnahmen am Ende dennoch ohne einen qualifizierenden Schulabschluss! Es fehlt an soliden Familienstrukturen, an einer ausreichenden sprachlichen Vorbildung vor dem Besuch der Grundschule. Immer mehr Schulabgänger/innen müssen immer mehr Schuljahre das BVJ besuchen, mit immer weniger Erfolg hinterher. Von 1998 bis 2003 ist der Anteil der BVJ-Schüler/innen an der Gesamtschülerzahl im Lande von 10,9 auf 19,1 Prozent angestiegen. 30 Prozent davon müssen noch ein 3. BVJ-Jahr machen, immerhin 15 Prozent ein 4. Jahr BVJ! »Welche Bildungszeit macht wann Sinn?« lautet die selbstkritische Frage von Professor Weingardt an die Adresse der Bildungsträger.

Ein anderer Aspekt war für die PH-Professoren die längerfristige Perspektive für Abiturienten und die anderen Schulabschlüsse. In den kommenden Jahrzehnten werden immer mehr einfache Facharbeiter-Gewerke verlagert, meist nach Osteuropa oder nach Fernost in Asien. 50 bis 70 Prozent der Schüler/innen streben in einer längerfristigen Perspektive das Abitur an. Was machen die anderen Schulabgänger? Sind das alles womöglich ALG II-Empfänger? Die PH-Professoren berichteten von einer bei den Ausbildungsbetrieben nach wie vor starken Beachtung von Kopfnoten und Leistungsnoten in den Schulzeugnissen. Defizite in Deutsch und in Mathe werden auch bei Realschülern registriert. Allgemein seien die sprachlichen Kompetenzen ebenso wie die Schlüsselqualifikationen in den letzten Jahren bei einem wachsenden Teil der Absolventen aus den Schulen (aus allen allgemeinbildenden Schulen wohl gemerkt) merklich schwächer ausgeprägt wie in früheren Jahren. Professor Weingardt kritisierte den Umstand, dass wir ausgerechnet von den schwächeren Schülern die frühestmögliche Entscheidung für einen Beruf erwarten, während die anderen sich noch Zeit lassen können, bis sie nach dem Examen an den Berufsfachschulen und Beruflichen Gymnasien sich um ihren Wunschberuf kümmern können. Er forderte Konsequenzen in der Lehrerausbildung ebenso wie in der täglichen Arbeit in den Schulen. Kritisch hinterfragt wurde von ihm die Häufung von Projekttagen an den Schulen. Diese bringen vor allem den Schülern mit Lerndefiziten beim Übergang in

den Beruf zu wenig, meinte der PH-Professor am Schluss seiner Ausführungen.

wb

Ganztageschule in Baden-Württemberg – eine Bestandsaufnahme

Im Folgenden möchten wir einige wichtige Informationen/Details zum Thema GTS aufzeigen. Wir gehen zwar davon aus, dass diese Informationen für viele nichts gänzlich Neues darstellt. Aber bei der derzeitigen Kurzfristigkeit und Schnelllebigkeit der Bildungspolitik in unserem Land, mit seinen vielen offenen Baustellen, zu denen ständig neue hinzukommen, ist es ganz sinnvoll, wenn manche Informationen zwei Mal gehört bzw. gelesen werden, zumal das Thema GTS **unsere Arbeit** – und davon sind wir überzeugt – in nächster Zukunft wesentlich verändern wird.

Nachdem das Thema GTS in der Schavan-Ära lange Zeit blockiert wurde, kam es vor allem durch die Person Oettinger plötzlich in die Gänge – natürlich beflügelt durch die Landtagswahl. Das Thema GTS wurde mit vielen Versprechen und Plänen versehen. Jetzt hoffen wir mal, dass diese Pläne nicht als leere Wahlkampfversprechen verbucht werden müssen.

Beginnen wir unsere Ausführungen mit einem Zitat von MP Oettinger und KM Rau:

»Jedes Kind und jeder Jugendliche soll bei Bedarf die Chance haben, eine Ganztageschule zu besuchen.«

- Dieses Ziel stellt unbestritten einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserem ansonsten sozial eher ungerechten selektiven Schulsystem dar
- Und dieses Ziel ist unbestritten eine zentrale bildungs- und familienpolitische Weichenstellung der alten und neuen Landesregierung, und hat natürlich, wie bereits erwähnt, **einen großen Einfluss auf unsere zukünftige Arbeit als Lehrer/Innen** – und deswegen haben wir als Personalrat die eben zitierte und noch weitere Aussagen der Landesregierung zum Thema GTS mal genauer unter die Lupe genommen.

Dass sich bei den Erklärungen über die künftigen Ganztageschulvarianten im Land noch immer die Fragen türm-

ten, liegt schlichtweg am beschriebenen Baustellencharakter der baden-württembergischen Bildungspolitik – und das kommt noch hinzu – an der gleichzeitigen Finanznot von Land und Kommunen.

Begrifflichkeit

Wenn GTS in Baden-Württemberg, dann überwiegt derzeit die **offene Form der Ganztageschule** (nicht verpflichtend, Angebotscharakter). Genau betrachtet dürfte man hier nicht von GTS sprechen, sondern von Schulen mit GT-Angebot. Im Gegensatz dazu gibt es die im europäischen Ausland vorherrschende Schulform der **gebundenen GTS** mit einem rhythmisierten Schultag und einer Anwesenheitspflicht für alle SchülerInnen bis in den Nachmittag hinein (vereinzelt in BW – Bodnegg). Dass in BW die offene Form der GTS eindeutig überwiegt, ist nicht die fehlende Akzeptanz der gebundenen GTS (Umfrage 12/2005 bei 270 GTS) Vielmehr lassen sich momentan verbindliche Formen kaum mit den Mitteln verwirklichen, die das Land BW derzeit zur Verfügung stellt.

Kommen wir zu den zentralen Aussagen der Landesregierung zum Thema GTS:

- Der Schwerpunkt beim Ausbau der Ganztageschulen liegt eindeutig auf den **Grundschulen!**
- 40 Prozent der öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg sollen bis zum Jahr **2015** als Ganztageschulen eingerichtet werden oder Ganztagesangebote machen. Dazu will das Land in den kommenden Jahren **1.840** Lehrerstellen einsetzen
- **550** neue Ganztageschulen (200 HS 350 GS davon 300 im Verbund mit HS) mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung (sog. »Brennpunktschulen«) sollen eingerichtet werden
- die Landesregierung sieht vor, dass zukünftig in allen allgemein bildenden Schularten offene Ganztagesangebote mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden ausgestattet werden können
- Als dritte Säule, ergänzend zu den Baumaßnahmen und den zusätzlichen Lehrerwochenstunden, sieht das Konzept den Einsatz von Jugendbegleitern in der Ganztagesbetreuung an Schulen vor.

Nun lohnt es sich, diese Aussagen der Landesregierung genauer zu betrachten:

Lehrerversorgung beim Ausbau der geplanten GTS?

Dazu eine Aussage von Stefan Gläser, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des baden- württembergischen Städtetages:

»Es geht jetzt darum, das pädagogische Potenzial der Ganztageschulen zu nutzen und deren Betrieb dauerhaft zu sichern. Dass sich Schüler bis in den Nachmittag hinein in der Schule aufhalten, ist schon ein gewisser Fortschritt. Wir wollen aber darüber hinaus, dass **Unterrichts- und Betreuungsanteile sinnvoll rhythmisiert werden** und halten eine entsprechende Aufstockung der Lehrerdeputate für unabdingbar.«

Hierzu folgendes Rechenbeispiel:

Während das Land bislang den Ganztagesbetrieb an so genannten »Brennpunktschulen« mit **zehn** zusätzlichen Lehrerwochenstunden pro Klasse im Grundschul- und **sieben** im Hauptschulbereich förderte, werden es künftig für solche Schulen nur noch bis zu **sechs** Stunden im Grundschul- und bis zu **fünf** im Hauptschulbereich sein. (auch eine pfiffige Möglichkeit die Anzahl der GTS möglichst kosten/stundenneutral zu erhöhen).

Wo die Landesregierung die bereits oben angesprochenen **1840 Lehrerstellen** für die GTS hernimmt und wann diese Lehrerdeputate zur Verfügung stehen, ist unklar. Erst Ende des Jahrzehnts wird es in größerem Umfang rechnerisch freiwerdende Lehrerstellen geben. So lange darf die Landesregierung aber Schulträger, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler, die auf die Ganztageschule warten, nicht vertrösten. Ein Ausbau der GTS zu Lasten der Unterrichtsversorgung und anderer pädagogischer Projekte ist aber abzulehnen.

Ganztageschulen sind aber u. E. nur dann bessere Schulen, wenn für sie auch zusätzliches pädagogisches Personal eingestellt wird und damit neue Unterrichtsformen und bessere individuelle Förderung möglich werden.

Schulsozialarbeit an der GTS?

Die Landeszuschüsse für diese Programm wurden gekürzt. Seit September bekommen 230 Schulen keine Un-

terstützung mehr für ihre SozialarbeiterInnen. GTS brauchen aber auch Schulsozialarbeit, das hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt.

Wie sieht der Arbeitsplatz derjenigen Lehrkräfte aus, die zukünftig an einer Ganztageschule arbeiten werden?

Das ist leider nirgends beschrieben. Oft ist der Arbeitsplatz im Lehrerzimmer gerade so groß, dass ein aufgeklapptes Din-A4-Heft und vielleicht noch eine Teetasse Platz finden. Unter den neuen Anforderungen, die ein Ganztagesbetrieb mit sich bringt, benötigen auch wir LehrerInnen angemessene Arbeitsplätze und einen Erholungsbereich. Daher muss das Raumprogramm der Schulen den veränderten Anforderungen einer GTS angepasst werden (Beim IZBB-Programm des Bundes ist in dieser Richtung bislang sehr wenig umgesetzt worden)

GTS mit ehrenamtlichen Jugendbegleitern?

Kultusminister Rau skizziert es so: »Ziel muss es sein, die Schule für außerschulische Partner weiter zu öffnen und qualifiziertes Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern in die Ganztageschulen zu integrieren«. Dagegen ist im Kern auch nichts einzuwenden. Eine entsprechende Modellphase ist bereits angelaufen. Laut Kultusministerium sind auch alle 242 Schulen, die sich hier beworben haben, berücksichtigt worden (13 aus dem Landkreis Ravensburg). Zwar soll das Jugendbegleiterprogramm von anfangs 20 nun mit 40 Mio. EUR vom Land bezuschusst werden, dennoch ist allen Beteiligten klar, dass das nicht ausreicht. Das Land Ba-Wü zahlt einem Jugendbegleiter 1,80 EUR pro Stunde und erwartet dass Kommunen, Sponsoren und Eltern diesen Stundenlohn aufbessern. Dass das Thema Sponsoring gegenwärtig ein sehr kontrovers diskutiertes Thema ist, zeigt die heftige Diskussion über das in Ravensburg mit Hilfe der Bertelsmann-Stiftung eingerichtete Regionale Bildungsbüro.

Wie JugendbegleiterInnen gefunden und geworben werden, ist bislang weitgehend unklar.

Aber beim Jugendbegleiter-Programm gibt es noch weitere Punkte, auf die wir sehr genau schauen sollten:

- So findet man in der entsprechenden Rahmenvereinbarung zwar eine Kooperation der JugendbegleiterInnen insbesondere mit den Lehrkräften, über den Einsatz aber befindet ausschließlich die **Schulleitung**, die **GLK** bleibt zumindest auf dem Papier außen vor.
- Eine pädagogisch sinnvolle Ganztageschule bietet Bildungsangebote am Vor- und Nachmittag und ist in der Lage, den Schultag bedarfsgerecht zu rhythmisieren, d. h. auch Jugendbegleiter am Vormittag. Wir denken, es dürfte schwer sein, ehrenamtliche JugendbegleiterInnen für den Vormittag zu finden, wenn aber ihr Einsatz nur auf den Nachmittag beschränkt bliebe, wäre das fatal.
- Unterricht am Morgen, anschließend Mittagstisch und Spiel und Spaß am Nachmittag ist als GTS-Konzept untauglich.
- Da Grundschulen den Schwerpunkt beim GTS-Ausbau bilden sollen, muss gewährleistet sein, dass für die Kleinen, die sehr starke persönliche Bindungen brauchen, eine personelle Kontinuität gewährleistet wird. Das gilt auch für den Einsatz der JugendbegleiterInnen.
- Es muss geklärt sein, dass es pädagogische Aufgaben gibt, die nicht von Jugendbegleitern übernommen werden können.
- Ebenso sollte die Kostenfreiheit für Schülerinnen und Schüler bei Teilnahme von ergänzenden Angeboten gesichert sein.

Dass das Konzept des Jugendbegleiters auch in unseren Breiten bereits Aktivitäten folgen lässt, sieht man an der kürzlich in Ravensburg abgehaltenen Regionalkonferenz. Teilgenommen haben daran VertreterInnen

- des Kreisjugendrings,
- des Landkreises,
- des Jugendinformationszentrums aha in RV,
- der Schulsozialarbeit,
- des BDKJ
- sowie der Arbeitsstelle Kooperation Jugendarbeit und Schule.

Man mag das Konzept des Jugendbegleiters kritisch sehen, aber solche Kooperationen wie gerade beschrieben, aus denen sich vielleicht konkrete Projekte entwickeln, sind zumindest ein positives Zeichen.

Wie ist der Status der künftigen GTS?

Die bestehenden GTS sind **nicht im Landesschulgesetz** verankert. Künftige GTS und ihre Träger benötigen aber eine solide und verlässliche Handlungsbasis. Schließlich werden in den kommenden Jahren Milliarden in den Ganztageserschulbau investiert (BaWü 528 Mio. / IZBB – 450 Mio. / Land + Kommunen durch Landesförderprogramm nachgelegt für die beim »Windhundrennen um die IZBB-Mittel Zuspätgekommenen) Alle Ganztageschulen im Land werden gegenwärtig noch mit dem vorläufigen Status eines **Schulversuches** geführt – und dies teilweise seit mehr als 20 Jahren – eigentlich rekordverdächtig.

Und mit diesem Schulrekord beschließen wir unsere Ausführungen und wünschen Ihnen und uns, dass wir den Ausbau der GTS in BaWü kritisch und aufmerksam verfolgen und vor Ort **sinnvoll mitentwickeln**.

Bernd Dieng / Karsten Pechan

Ganztageschulen bereichern Allgäuer Schullandschaft

Viele Schulen im Verbreitungsgebiet hatten in den zurückliegenden Monaten Anträge gestellt, um Mittel aus dem „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) des Bundes zu erhalten. Während an denjenigen Standorten, die kürzlich eine

Zusage erhalten haben, die Freude groß ist – Prassberg-Schule Wangen, Niederwangen, Kiflegg, Waldburg – herrscht bei den leer ausgegangenen Schulen Frust und Enttäuschung.

Schulen, Elternvertretern und politischen Entscheidungsträgern, die sich nun gemeinsam auf den Weg zu einer Ganztageschule machen, bot die GEW in einer Informationsveranstaltung »Erfahrungen aus der Praxis«. Roland Jung, Lehrer und Pädagogischer Berater für Ganztageschulen beim Schulamt Karlsruhe, und Hartmut Wirsching, Schulleiter der Mörike-Schule in Tübingen, berichteten von ihren Wegen zur Ganztageschule und den bisherigen Erfahrungen. Dabei waren die Motive bei beiden Schulen unterschiedlich. Während die Tübinger Schule als sogenannte Brennpunktschule (Übergangsquote zur HS bei ca. 10 %; 22 Nationalitäten mit ihren Integrations- und Sprachproblemen) als Ganztageschule per Erlass eingerichtet werden konnte, will man in der Schule von R. Jung vermeiden, überhaupt zu einer Brennpunktschule zu werden.

Schwerpunkte, die sich beide Schulen setzten, sind durchaus ähnlich: Erweiterung des Raumangebots für Frühbetreuung und Mittagstisch; Arbeitsgemeinschaften zur sportlichen Betätigung und sinnvollen Freizeitnutzung; Projektorientiertes Lernen; Soziales Lernen mit Streitschlichtungskursen; Erlebnispädagogik; Sprach- und Leseförderung; Hausaufgabenbetreuung; Stärkung der Schulsozialarbeit. Als

zentralen Aspekt für das Gelingen nennen beide Referenten die rechtzeitige und umfassende Einbindung aller Beteiligten. Auf der Hand liegt, dass ein solches Angebot nicht ohne personelle Verstärkung gemacht werden kann. Deshalb kriegen solche »Erlass-Schulen« auch sieben zusätzliche Deputatsstunden pro Klasse. Hierin liegt auch die größte Herausforderung für die künftigen Ganztageschulen in unserer Nachbarschaft: Eine solche personelle Ergänzung ist (zunächst) einmal nicht vorgesehen. Wobei die beiden Pädagogen ganz klar Position beziehen: Eine Ganztageschule, in der ein paar Eltern zusammen mit Ehrenamtlichen oder Vereinsmitarbeitern die Hauptlast tragen, ist nicht zu realisieren. Der politische Druck müsse deshalb verstärkt werden, denn nur Brennpunktschulen zu fördern ist einseitig; Ganztageschulen sollen auch mehr Chancengleichheit bringen, die unsere europäischen Nachbarländer laut PISA-Studie eher verwirklichen. In die gleiche Kerbe schlägt auch der Städtetag von Baden-Württemberg in seiner Presseerklärung vom 8. April. Die IZBB-Mittel müssten – auch aus Mitteln des Landes – aufgestockt werden, weil viele Schulen nicht zum Zuge gekommen sind. Denn schließlich sieht man beim Städtetag Ganztageschulen inzwischen als wichtigen Standortfaktor. Am Geld, so der Tenor der Teilnehmer, liege es in Baden-Württemberg nicht. Es werde nur für die falschen Dinge ausgegeben.

Rainer Skutnik

Tipps und Hinweise

Neuwahl der GEW-Gremien 2007

Im Herbst 2007, also schon im nächsten Jahr, werden landesweit alle Organe und Gremien in der Landes-GEW neu gewählt. Nur der GEW-Landesvorstand ist dann im Frühjahr 2008 dran. In gut einem Jahr also sollen die Vertrauensleute der GEW in den Schulen und den anderen Bildungseinrichtungen vor Ort neu gewählt werden. Ebenso die Vorstände der GEW in den Ortsverbänden, im Kreisverband und im Bezirk (Südwestfalen). Auch die Fach- und Personengruppen in der GEW führen im nächsten Jahr Wahlen

durch. Wahlen können aber nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn sich genügend GEW-Mitglieder finden, die sich solidarisch einbringen wollen in die GEW-Arbeit in den jeweiligen Bereichen. Auch zur Entlastung von langjährigen »Funkis« (anderes Wort für Funktionsträger), die im vorgerückten Alter oder erst recht kurz vor dem Ruhestand noch Zeit finden wollen für andere Hobbies und Aufgaben außerhalb der Bildungsgewerkschaft. Die GEW braucht auch in Zukunft neue engagierte Leute, die die Interessen der Beschäftigten in der Schule, in den Kindergärten, in der Jugendhilfe und der Weiterbildung und an den Hoch-

schulen artikulieren und nach außen hin vertreten.

Liebe GEW-Mitglieder!
Macht mit und stellt euch solidarisch für zeitlich begrenzte Ämter und Funktionen je nach eurer Neigung zur Verfügung!



